

ähnlichen erfolgreichen Einheitsfrontverhandlungen kam es auch in Berlin, in Dortmund, in Baden, in Württemberg, in Niedersachsen und im Saargebiet. Unter schweren Kampfbedingungen und trotz des Verbots durch die rechten sozialdemokratischen Führer entstanden so örtlich begrenzt in Deutschland und in der Emigration Anfänge der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse. Die auf die Herstellung der antifaschistischen Kampfeinheit der deutschen Arbeiterklasse gerichtete Politik der KPD erreichte ihre ersten Erfolge. Bei den Vertrauensrätewahlen im Frühjahr 1934 erhielten die faschistischen Kandidaten in der Mehrzahl der Betriebe nicht mehr als 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlabkommen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern ermöglichten, in zahlreichen Betrieben unabhängige Betriebsräte zu wählen. Im zweiten Halbjahr 1934 und im Jahre 1935 gelang es der KPD, trotz verschärften Terrors, Streiks, besonders unter den Arbeitern der Reichsautobahn, der Rüstungsindustrie, in den Werften und im Bergbau, gegen Zwangsabzüge und für höhere Löhne einzuleiten.

Die Politik rechter Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften dagegen orientierte sich nach dem Verbot der Partei verstärkt auf Teile der Großbourgeoisie, des deutschen Militarismus und auf die imperialistischen Westmächte. Von ihnen erwarteten diese Führer den Sturz Hitlers. Sie riefen die sozialdemokratischen Parteimitglieder und die Gewerkschafter zum Abwarten und Stillhalten auf, lehnten jegliche antifaschistische Massenaktionen ab und verhinderten die Aktionseinheit und die antifaschistische Volksfront, die als einzige Kraft die Nation durch den Sturz des Hitlerregimes retten konnte. Sie waren gegen die Einheits- und Volksfront, weil sie auf eine künftige Koalition mit Kreisen der Großbourgeoisie spekulierten.

**Nach der Errichtung der Hitlerdiktatur stand** vor der Kommunistischen Partei Deutschlands die Aufgabe, die Ursachen der Niederlage aufzudecken, die die deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus 1933 erlitten hatte, und daraus alle Schlußfolgerungen für ihre Politik zu ziehen. Die Partei wies mit vollem Recht die geschichtliche Schuld der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften nach, deren Spaltungspolitik den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten gegen den aufsteigenden Faschismus verhindert und damit die faschistische Machtergreifung objektiv begünstigt hatte. Die Partei mußte ihre im Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur angewandte Strategie und Taktik überprüfen und entsprechend den veränderten Verhältnissen eine neue Strategie und Taktik ausarbeiten, die auf den Sturz der Hitlerdiktatur, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Schaffung einer breiten Volksfront